

GROSSER RAT

GR.24.221

VORSTOSS

Motion Lelia Hunziker, SP, Aarau (Sprecherin), Mia Jenni, SP, Obersiggenthal, Maurus Kaufmann, Grüne, Seon, Manuela Ernst, GLP, Wettingen, Michael Notter, Mitte, Niederrohrdorf, Lutz Fischer, EVP, Wettingen, vom 2. Juli 2024 betreffend sofortige Massnahmen im Bereich der Abhängigkeit von Suchtmitteln im Kanton Aargau

Text:

Der Regierungsrat wird aufgefordert, auf Anfang 2025 Massnahmen wie zum Beispiel Kontakt-, Konsumations- und Anlaufstellen, Koordination und Unterstützung der kommunalen Angebote, aufsuchende Beratung inkl. niederschwellige Gesundheitsversorgung, Gassenküchen und Notschlafstellen zur Unterstützung und Beratung von suchtmittelabhängigen Menschen bereitzustellen.

Begründung:

In den 90er-Jahren des letzten Jahrhunderts hat die Stadt Zürich eine wichtige Weiche in der Drogenpolitik in der Schweiz gestellt: Die Stimmbevölkerung nahm die Vorlage für einen drogenpolitischen Kurswechsel an. Mit einer pragmatischen Drogenpolitik sollen sowohl die Bedürfnisse der Allgemeinheit als auch die der Menschen, die Suchtmittel konsumieren, berücksichtigt werden. Auch die Schweizer Drogenpolitik stützt sich seither auf vier Säulen: Prävention, Therapie, Schadensminderung und Repression (BAG, 2024)¹. Die Schweiz reagierte 1991 mit dieser neuartigen, nicht mehr nur auf Abstinenz zielenden Drogenpolitik auf die offenen Drogenszenen und war dadurch international Vorreiterin und Vorbild. Damals bezog sich das Modell vor allem auf illegale Drogen, insbesondere Heroin. Ausgehend von Basel wurden in mehreren Städten heroingestützte Abgabestellen eingerichtet, welche das Elend in den offenen Szenen rasch mildern konnten. Viele Kantone haben basierend auf diesen Säulen ihre Massnahmen entwickelt.

Nicht so der Kanton Aargau: Noch heute gibt es im Aargau keine niederschweligen Angebote für suchtkranke Menschen. Wie schon vor bald 50 Jahren reisen Personen aus dem Aargau für Angebote in die Nachbarkantone. Diese erschweren verständlicherweise zunehmend den Zugang für ausserkantonale Menschen. Der Kanton Aargau ist in der Pflicht, Angebote zu schaffen und Massnahmen zu ergreifen – die Zeit drängt. Denn es ist augenfällig: suchtkranke Menschen sind im öffentlichen Raum präsent. Ihre Situation scheint zunehmend prekär.

Heute gibt es neue Problemfelder und Substanzen: so fordert die Suchtkommission des Bundes dringend ein Angebot für Crack-Süchtige, indem analog zur in den 90-Jahren eingeführten HeGeBe² Kokain kontrolliert an schwerstabhängige Crack-Süchtige³ abgegeben werden könnte. Insbesondere junge Menschen sind gefährdet und sollten vermehrt in den Fokus gestellt werden (Vogel, Dürsteler,

¹ <https://www.bag.admin.ch/bag/de/home/strategie-und-politik/politische-auftraege-und-aktionsplaene/drogenpolitik/vier-saeulen-politik.html>

² <https://www.bag.admin.ch/bag/de/home/gesund-leben/sucht-und-gesundheit/suchtberatung-therapie/substitutionsgestuetzte-behandlung/heroingestuetzte-behandlung.html>

³ <https://www.srf.ch/audio/regionaljournal-basel-baselland/basel-prueft-legale-abgabe-von-kokain-an-suechtige?partid=12610853#:~:text=Der%20Kanton%20Basel%2DStadt%20prueft,Konsum%20von%20Kokain%20und%20Crack.>

Strasser, 2024)⁴. Daneben haben Vergiftungs- und Todesfälle durch Fentanyl deutlich zugenommen. Fentanyl ist ein hochpotentes, synthetisches Schmerzmittel, das 100-mal potenter als Morphin und 50-mal potenter als Heroin wirkt (Hooijman et al., 2022)⁵. Ebenso sind Nitazene, synthetische Drogen und 500-mal stärker als Morphin, auch in der Schweiz aufgetaucht und für mehrere Todesfälle verantwortlich.

Gemeinden mit Zentrumsfunktion sind gefordert und auf sich allein gestellt, weil seitens Kantons die Verantwortung nicht übernommen wird. Obwohl dieser sich an die vier Säulen-Politik des Bundes anlehnt. Denn, wie in der Beantwortung der IP ([23.289](#))⁶ klar wurde, ist in der Säule Schadensminderung ein deutlicher Handlungsbedarf vorhanden. Der Kanton Aargau plant, im Jahr 2025 eine Strategie zu erarbeiten, zudem gibt es eine Bedarfs- und Angebotsanalyse Suchthilfe Kanton Aargau von Interface aus dem Jahr 2021. Die Finalisierung der Strategie ist auf August 2025 geplant, allfällige Massnahmen können somit erst im Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2026 vorgesehen werden. Das ist zu spät. Massnahmen müssen spätestens auf Anfang 2025 vorgesehen werden.

⁴ <https://www.bag.admin.ch/bag/de/home/strategie-und-politik/politische-auftraege-und-aktionsplaene/drogenpolitik/vier-saeulen-politik.html>

⁵ Hooijman MF, Martinez-De la Torre A, Weiler S, Burden AM. Opioid sales and opioid-related poisonings in Switzerland: a descriptive population-based time-series analysis. *The Lancet Regional Health - Europe*, online publiziert 27.6.2022.

⁶ <https://www.ag.ch/grossrat/grweb/de/195/Detail%20Gesch%C3%A4ft?ProzId=6049664>